

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 186. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 7. September 2005

#### Tagesordnungspunkt 1:

- a) Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler: **Deutschland ist auf dem richtigen Weg – Vertrauen in die Stärken unseres Landes**

17498 A

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist die Stunde der **Bilanz**. Der Herr Bundeskanzler hat seine gezogen, die CDU/CSU die ihrige und ich werde unsere ziehen, also aus Sicht der linken Opposition, der PDS im Bundestag. Die CDU/CSU fordert mit ihrem Antrag sogar eine „ehrliche Abschlussbilanz“, daran möchte ich gern anknüpfen. Denn, genau betrachtet, bilanzieren wir heute nicht sieben Jahre Rot-Grün; wir ziehen vielmehr einen Strich unter 15 dunkle Jahre Regierungspolitik.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Erinnern Sie sich: 1998 war Bundeskanzler Schröder mit dem bemerkenswerten Satz angetreten, er werde nicht alles anders, sondern vieles besser machen, besser als die CDU/CSU. Ich finde, der erste Halbsatz ist eingelöst; die Einlösung des zweiten allerdings ging ganz gründlich daneben. Wir haben heute die höchste **Arbeitslosigkeit**, die größte **Armut** und die brisanteste **Verschuldung** in der Geschichte der Bundesrepublik. Die soziale Schieflage wurde noch schief und der Osten kippte tatsächlich. Deshalb finde ich es übrigens zynisch, wenn der Bundeskanzler in seiner Rede zur Vertrauensfrage sagte: Die zurückliegenden Jahre

sind – ich bin stolz darauf – gute Jahre für unser Land ...

Das sehen Millionen Menschen in unserem Land aus eigener Erfahrung ganz anders und wir auch.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Ich finde es auch verlogen, wenn die CDU/CSU meint, mit ihr wäre es anders gekommen. Bereits unter Kanzler Kohl galt als Zauberformel: Die Löhne runter und die Arbeitszeit hoch; Steuern runter und die Lasten von oben nach unten und die Gewinne von unten nach oben umverteilen. Dem ist dann auch Rot-Grün gefolgt. Das Ergebnis: Nichts wurde besser, aber vieles noch schlimmer. Sie predigen weiter den Beschäftigten Verzicht und versprechen, das würde dann Arbeitsplätze schaffen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kaufkraft sank, der Binnenmarkt bekam Schwindsucht und noch mehr Unternehmen gingen Pleite. Heute gibt es also nicht weniger, sondern mehr Arbeitslose und vor allen Dingen mehr arme Arbeitslose. Das festzustellen hätte zu einer ehrlichen Bilanz heute gehört.

Sie haben **Steuerreformen** beschlossen, immer mit demselben Ergebnis: Der Sozialstaat wurde geschwächt und viele Kommunen, selbst Großstädte wie München, sind de facto pleite. Sie fallen also als Investoren aus und sie sind kaum noch in der Lage, die soziale und kulturelle Infrastruktur zu sichern. Allein die letzte Steuerreform kostete meine Heimatstadt, das Land Berlin, 1 Milliarde Euro Einnahmen jährlich; das ist dreimal so viel, wie die Berliner Steuerzahler für den unsäglichen Bankenskandal aufwenden müssen, der maßgeblich durch die CDU verursacht wurde.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat erst dieser Tage vorgerechnet: Allein durch Hartz IV hat die Kinderarmut noch einmal deutlich zugenommen, und das in einem der reichsten Länder der Welt. Das ist kein statistischer Unfall, sondern das Resultat von falscher Politik. Eine ehrliche Bilanz von Rot-Grün müsste zu dem Schluss kommen: Wer wirklich etwas besser machen will, muss in der Tat vieles anders machen, natürlich auch anders als das, was CDU und CSU in ihrem Wahlprogramm ankündigen; denn Ihr Angebot, Frau Merkel, ist nur alter Wein in neuen Schläuchen und stößt ganz bitter auf.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Deshalb bleibe ich dabei: Am Wahlabend geht es nicht um die Frage „Merkel oder Schröder?“. Die Alternative heißt: weiter Sozialabbau oder endlich soziale Gerechtigkeit. Die Linkspartei will das Zweite.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir fordern deshalb einen gesetzlichen **Mindestlohn**;

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Aber ihr wisst nicht so richtig, in welcher Höhe, oder?)

denn wir meinen: Von Arbeit muss man leben können. Wir wollen eine bedarfsorientierte **soziale Grundsicherung** für alle; denn nur so kann Armut vermieden und Würde gestärkt werden. Wir wollen nicht, dass die Risiken des Lebens immer weiter privatisiert werden. Deshalb fordern wir eine **solidarische Bürgerversicherung**.

Nun noch zu einem anderen Thema. Auf den SPD-Großflächenplakaten auf den Straßen lesen wir: „Wer Frieden will, muss standhaft sein.“ Das stimmt. Deutschland hat sich dem aktiven **Krieg gegen den Irak** verweigert; das war gut, zumal CDU und CSU anderes im Schilde führten. Aber in der vergangenen Woche hat das Bundesverwaltungsgericht klargestellt: Der Feldzug gegen den Irak war und ist völkerrechtswidrig. Und: Deutschland hat die Einsatzkräfte der USA und Großbritanniens unterstützt und ist damit Kriegsteilnehmer. Das sagt das Gericht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Auch die deutschen **Rüstungsexporte** – auch solche in Krisenregionen – haben wieder zugenommen. Hier sehen wir leider ebenfalls eine Kontinuität zwischen der Kohl-Ära und der Bilanz von Bundeskanzler Schröder.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was natürlich völliger Quatsch ist!)

Seitdem ich im Bundestag bin und Rot-Grün regiert, war ich 40 Mal gezwungen, über Auslandseinsätze und **Kriegseinsätze der Bundeswehr** abzustimmen. Die PDS im Bundestag hat verlässlich mit Nein gestimmt, während die CDU/CSU immer Ja und Amen gesagt hat. Sie können sich sicher sein: Auch die neue Fraktion der Linkspartei wird dabei bleiben, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf, schon gar kein Alltagsmittel. Dagegen haben Millionen demonstriert – wie ich finde: völlig zu Recht.

Nun komme ich zum Thema „Bürgerrechte und Demokratie“. Die **Bürgerrechte** sind unter Rot-Grün schwer unter Beschuss geraten. Das lag – jeder weiß das – an der privilegierten Partnerschaft zwischen Otto Schily von der SPD und Herrn Beckstein von der CSU.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Selbst dann, wenn es bei Rot-Grün gute Ansätze gab – zum Beispiel beim Zuwanderungsgesetz oder beim Antidiskriminierungsgesetz –, wurden sie bis zum Widerruf geknebelt.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie doch gerade einen Positionswechsel vollzogen!)

So kam es, wenn es um Bürger- und Menschenrechte ging, häufig zu einer ganz eigenartigen Allianz: Ausgerechnet die FDP und die PDS im Bundestag kämpften gemeinsam gegen den Rest des Hohen Hauses. Die Grünen waren leider ein Totalausfall, wenn es um Bürgerrechte ging.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP] – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das sage ich auch immer! Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Dabei nehme ich der SPD und den Grünen eines besonders übel: Wir hatten gemeinsam die Chance, endlich auch auf Bundesebene mehr Demokratie durchzusetzen. Rund um die EU-Verfassung hätten SPD, Grüne, FDP und PDS den gesellschaftlichen Druck, der für die Durchführung einer **Volksabstimmung** notwendig gewesen wäre, so verstärken können, dass die Bremsklötze in

CDU und CSU hätten klein begeben müssen. Aber auch diese historische Chance hat Rot-Grün leichtfertig verspielt. So bleibt die Bundesrepublik in Sachen direkte Demokratie auch weiterhin ein EU-Entwicklungsland.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Auch das gehört zur Bilanz der Regierungspolitik der letzten 15 Jahre und auch das muss sich nun endlich ändern.

Zum Schluss: Am Abend der Wahl in Nordrhein-Westfalen hat sich der Bundeskanzler die Neuwahl des Bundestages gewünscht. Er hat sie bekommen. Sie ist zwar rechtlich fragwürdig, aber politisch vernünftig. Allerdings ist das auch ein Treppenwitz: Derselbe Kanzler, der vehement gegen Volksabstimmungen gekämpft hat,

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Wann?)

sagte plötzlich, er wolle eine Volksabstimmung über seinen politischen Kurs, über die Agenda 2010 und über Hartz IV.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Na bitte! Nun seien Sie doch endlich zufrieden!)

Ich finde trotzdem, dass wir dieses Angebot nicht ausschlagen sollten. Wer die Gesundheitsreform und Hartz IV gut findet, der hat die Qual der Wahl. Er muss nämlich zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen wählen. Wer das alles aber grundsätzlich falsch findet, der hat nur eine gute Wahl: die Linkspartei.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Zuruf von der SPD: Oskar Lafontaine! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Damit verschwindet die Wählerstimme allerdings im Müll!)

Ganz zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein persönliches Wort an den Bundestagspräsidenten, Herrn Thierse, und an die Spitzen von der CSU bis zu den Grünen: Sie haben eine vorzügliche PR-Arbeit zugunsten der PDS im Bundestag geleistet, natürlich durch Ihre Politik, die wir abgelehnt haben, aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch Ihre Großmut und Ihren Humor: Ich erinnere nur an den ulkigen Streit über unsere Tische; ohne ihn wären Gesine Löttsch und ich nie so oft und so breit in die Medien gekommen. Also vielen Dank! Wir werden uns mit einer starken Linksfraktion dafür revanchieren.

(Beifall der Abg. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Ulrich Kelber [SPD]: Mit Ihrem Liebling Oskar!)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Immerhin hat die gerade liebevoll gewürdigte Großmut auch in diesem Falle wieder zu einer großzügig bemessenen Redezeit geführt.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: So soll es auch sein!)

Nun hat das Wort der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)